

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Ukraine-THU/BUG

Bern, den 7. November 1991

EIN PAAR BEMERKUNGEN ZUR UKRAINE

Die westlichen Grenzrepubliken der ehemaligen Sowjetunion, Weissrussland, Ukraine und Moldawien, hatten jahrzehntelang ein gebrochenes Verhältnis zu ihrer nationalen Identität. Die Russifizierung beider Republiken Weissrussland und Ukraine war durch die enge sprachliche Verwandtschaft mit dem Russischen erleichtert worden.*

Für den aussenstehenden Beobachter leidet die Ukraine an dem Zwiespalt, einerseits die Wiege der russischen Kirche und Kultur zu sein, andererseits eine eigene nationale und kirchliche Identität geltend zu machen, die sie vom russischen Nachbarn unterscheidet. Nach der Revolution 1917 bemühte sich das Land um eine Eigenstaatlichkeit, die von Russland im Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 sogar anerkannt wurde. Nur einen Monat später kam es in der Ukraine zum Rechtsrutsch, nachdem die neuen Machthaber eine deutschfreundliche Politik geführt hatten. Ein ukrainisches Direktorium erklärte im Januar 1919 Sowjetrussland den Krieg, während kommunistische Kräfte bereits zwei Monate später die erste Verfassung der ukrainischen Sowjetrepublik verabschiedeten. Seither durchzog die Auseinandersetzung zwischen den im Exil lebenden für die Unabhängigkeit Eintretenden Ukrainern und den Machthabern der Sowjetukraine die jüngere ukrainische Geschichte wie ein roter Faden. Noch Ende 1988 veranstaltete die Regierung in Kiev mit grossem Aufwand eine internationale Pressekonferenz,

* Im an Rumänien angrenzenden Moldawien - zum grössten Teil ein territorialer Zugewinn aus dem Hitler-Stalin-Pakt - wurde die Entwicklung einer eigenen moldawischen Sprache in kyrillischer Schrift eingeleitet, deren Identität mit dem Rumänischen offiziell erst seit kurzem anerkannt ist. In Weissrussland, dessen Territorium über Jahrhunderte hinweg ein Streitpunkt zwischen den Anrainerstaaten Polen, Litauen und Russland gewesen ist, konnte die Einführung des Russischen als Amtssprache problemlos durchgesetzt werden (zwischen 1945 und 1989 wurde denn auch kein Lehrer mehr ausgebildet, um an einer Schule mit weiss-russischer Unterrichtssprache zu lehren).

um die - wie es hiess - subversiven Absichten der Exilukrainer gegen die Sowjetunion anzuprangern.

Angesichts der grossen Zahl von Russen, die heute im zweitgrössten Land Europas leben - die 11,3 Mio. Russen bilden rund 22 % der ukrainischen Bevölkerung - zeigte sich das Zentrum in Moskau auch alles andere als interessiert, die Unabhängigkeitsbewegungen, die sich im Laufe der letzten Jahre gebildet hatten, zu unterstützen. So äusserte sich insbesondere Gorbacëv im Januar 1990 anlässlich seines Besuchs in Vilnius warnend gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung "Ruch", die in der Ukraine zunehmend an politischem Gewicht gewann. Nicht zuletzt wegen dem Reaktorunglück von Cernobyl' und dessen Folgen sowie der sozialen Unzufriedenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung und speziell unter den Bergwerksarbeitern im Doneck-Gebiet setzte sich im Laufe des Zerfalls der unregierbar gewordenen Union der Wille nach Eigenständigkeit schliesslich durch. Bereits im August des letzten Jahres, kurz bevor Solzenicyn die Vereinigung des "kleinen Russlands" mit der RSFSR zu einer russischen Union vorschlug, unterzeichneten Vertreter der parlamentarischen Oppositionsgruppe "Narodna Rada" mit der Bewegung "demokratisches Russland" eine Erklärung über die Prinzipien der bilateralen Beziehungen. Diese diente als Grundlage für die am 19. November 1990 von El'cin und Kravcuk in Kiev unterzeichnete Erklärung, in der die bedingungslose Anerkennung beider Staaten als souveräne Subjekte des Völkerrechts bestätigt wurde.

Trotzdem schien der sich abzeichnende Alleingang der Ukraine die Vertreter der Union und der RSFSR immer mehr zu verwirren. Schon kurz nach der Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991 beklagten sich sowohl der Bürgermeister St. Petersburgs, A. Sobcak, als auch jener Moskaus, G. Popov, die "Inflation der Unabhängigkeitserklärungen". Seit sich die Ukraine weder am "Wirtschaftsgipfel" von Alma-Ata noch an der kürzlich wieder einberufenen Session des neuen Obersten Sowjets vertreten liess, ist diese Verwirrung zu einer grösseren Sorge geworden. Dies hat vor allem drei Gründe:

i) Das wirtschaftliche Gewicht der Ukraine

Die 51,4 Mio. zählende Bevölkerung der Ukraine sorgt für 25 % des gesamtowjetischen Bruttosozialprodukts und 16,2 % des National-einkommens. Sie verfügt über eine starke Metall- und Maschinenbauindustrie, stellt ca. die Hälfte aller chemischen Produkte her, die für die ehemalige Union bestimmt sind, und produziert ungefähr 21 % aller Agrarprodukte der UdSSR. Zudem besitzt sie qualitativ hochstehende Erzvorkommen und ein überdurchschnittliches Potential an Facharbeitern und Wissenschaftern. Das Interesse, das westliche Staaten (vor allem Deutschland, Kanada und die USA) der Ukraine entgegenbringen, wird vor diesem Hintergrund verständlich.* Auch wenn die Ukraine trotz ihrer relativen wirtschaftlichen Stärke den Uebergang zu besseren sozialen und marktwirtschaftlichen Verhältnisse ohne die Zusammenarbeit mit den andern Republiken kaum schaffen dürfte, sorgt der offen zur Schau getragene Alleingang künftig für weitere Unsicherheit. Immerhin ist man mit der Unterzeichnung eines am 28. Oktober 1991 vereinbarten Memorandums zur Schuldenregelung mit den Vertretern der G7 übereingekommen, die Schulden der Union, die sich in der Zwischenzeit auf ca. an 65-70 Mia. US\$ belaufen, auf die 12 Republiken aufzuteilen.

ii) Die russische Bevölkerung in der Ukraine

Obwohl in keiner anderen Republik ausserhalb Russland soviel Russen leben wie in der Ukraine (22 % = 11,3 Mio., von denen sich über 44 % für den Verbleib in der Ukraine aussprachen, auch nachdem diese ihre Unabhängigkeit erklärt hatte), kann man nicht von einem eigentlichen Nationalitätenproblem wie in den baltischen Staaten sprechen. Der Premierminister, V. Fokin, der

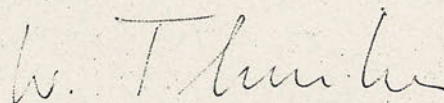
* Allerdings dürfen die Schwierigkeiten (Umweltschutz: pro Jahr werden gemäss letzten Untersuchungen rund 11 Mio. Tonnen an gefährlichen Stoffen in die Atmosphäre abgegeben; Rückgang der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung: zwischen 1975 und 1990 um 16,5 % [von 20,3 Mio. auf 17 Mio.]; veralteter Maschinenpark: 11 % aller in ukrainischen Betrieben verwendeten Maschinen sind älter als 20 Jahre) nicht vergessen werden.

Stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets, V. Grinev, der neu ernannte Verteidigungsminister, K. Morozov, und der Generalstaatsanwalt, V. Siskin, sind alles Russen. Der Vorsitzende des Obersten Sowjet, L. Kravcuk, erklärte in einem am 12. April 1990 erschienenen Pravda-Artikel, dass "...die Russen in der Ukraine nicht mit den Russen in den baltischen Staaten verglichen werden dürfen. Man werde es nicht zulassen, dass die in der Ukraine lebenden Minderheiten in irgendeiner Weise diskriminiert werden." Trotzdem bleibt zu befürchten, dass das russisch-ukrainische Verhältnis durch die Minderheitenfrage und das damit verbundene Problem der Zugehörigkeit der Halbinsel Krim (66 % der dortigen Bevölkerung sind Russen) belastet wird.

iii) Atomwaffen und eigene Armee

Als sich die Ukraine am 24. August 1991 für unabhängig erklärte, befanden sich rund 1,5 Mio. Soldaten der sowjetischen Armee auf ihrem Territorium. Mindestens ein Teil der dazugehörenden Infrastruktur soll gemäss Plänen des in der Zwischenzeit geschaffenen ukrainischen Verteidigungsministeriums innerhalb der nächsten vier Jahre an die "ukrainische Nationalarmee" übergehen. In einer ersten Phase soll eine "Basisarmee" aus rund 100'000 Mann geschaffen werden, welche anschliessend auf eine Truppenstärke von maximal 0,9 % der ukrainischen Bevölkerung - also rund 325'000 - 420'000 Mann - ausgebaut wird. Der Entschluss, eine eigene ukrainische Armee zu schaffen, hat sich spürbar auf das politische Klima zwischen Kiev und Moskau ausgewirkt. Immerhin sind rund 40 % aller sowjetischen Offiziere Ukrainer, deren Abgang das sowjetische Verteidigungsministerium, trotz geplantem Truppenabbau, hart treffen dürfte. (Noch schwerwiegendere Konsequenzen für die sowjetische Armee würde allerdings der Entschluss zentralasiatischer Staaten bedeuten, eine eigene Armee zu gründen, da heute jeder zweite Rekrut ein Muslim ist). Insofern führt die mit einer vollständigen Unabhängigkeit verbundene Schaffung einer eigenen Armee zu grösserer Instabilität und Unsicherheit auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR.

Im Gegensatz dazu scheint uns das Problem der Befehlsgewalt über die in der Ukraine stationierten Nuklearwaffen etwas dramatisiert worden zu sein. Bereits im Juli des vergangenen Jahres verabschiedete der Oberste Sowjet der Ukraine eine Erklärung, wonach sie auf ihrem Staatsgebiet Nuklearwaffen weder zu behalten noch zu stationieren wünsche. L. Kravcuk bekräftigte diese Absicht kurz nach der Unabhängigkeitserklärung. Das Problem besteht im Prinzip darin, dass die 176 SS-19 ICBM's, die in unterirdischen Silos der Ukraine stationiert sind, nicht zurückgeschafft, sondern vor Ort zerstört werden müssen. Darüber hinaus weigerte sich die ukrainische Führung nach der Bemerkung des Pressesprechers El'cins, wonach noch nicht alle territorialen Fragen an der Grenze Russlands geklärt seien, nun auch, die mobilen Nuklearwaffen nach Russland auszuschaffen. Selbst die SS 19 sollen unter Führung von ukrainischen Experten zerstört werden, die an künftigen internationalen Abrüstungsgesprächen ebenfalls teilnehmen sollten. Damit soll einerseits Druck auf Moskau ausgeübt und andererseits einer internationalen Anerkennung Vorschub geleistet werden. Die scheinbar blockierte Lage wird trotzdem kaum ins Gewicht fallen. El'cin nahm die angesprochene Erklärung seines Pressesprechers zurück - eine gegenseitige Anerkennung der gemeinsamen Grenze wurde bereits unterzeichnet - während die informellen Verhandlungen über die sich zur Zeit einer noch unter der Kontrolle der sowjetischen Streitkräfte befindenden SS 19 wahrscheinlich auf eine gemeinsam kontrollierte Vernichtung hinauslaufen wird.



Walter Thurnherr